

PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 13.06.2017

Erfolgsgeschichte in schwierigen Zeiten: 30 Jahre Erasmus

Brexit darf Austausch für junge Europäer nicht gefährden

Internationale Verständigung durch gemeinsames Lernen: dafür steht das ERASMUS-Programm. Das Austauschprogramm für junge Europäer hat bisher mehr als drei Millionen Jugendlichen einen Aufenthalt im Europäischen Ausland ermöglichen können. Heute feiern wir das 30jährige Jubiläum dieses Förderprogramms. „In Zeiten der Krise und des Vertrauensverlustes in Europa, sind es genau solche Erfolgsgeschichten und persönliche Erlebnisse, die die Menschen brauchen, um wieder an das Projekt Europa glauben zu können“ so der sächsische Europaabgeordnete Hermann Winkler.

Heute ist das Programm unter dem Namen ERASMUS+ bekannt, da das Austauschangebot mittlerweile auch auf berufliche Bildung, Jugend und Sport ausgeweitet wurde. Somit prägt das Programm inzwischen mehr als eine Generation von Europäerinnen und Europäern. Die steigende Beliebtheit von ERASMUS+ begrüßt der Europaabgeordnete Hermann Winkler und meint dazu: „Der Nutzen des Förderprogramms durch Vernetzung und die neuen Erfahrungen sind für junge Menschen immer wichtiger. Deshalb haben wir auch im Europäischen Parlament das Budget des Förderprogramms auf seinen bisherigen höchsten Stand gebracht. 14,7 Milliarden Euro stehen für diese Förderperiode zur Verfügung. So profitieren deutschlandweit circa 94.000 junge Leute von ERASMUS+, davon allein 36.000 Studenten, welche für ein Semester ins Ausland gingen. Etwa 2.000 Sachsen nutzen jährlich diese Möglichkeit.“

„Natürlich dürfen bei aller Freude auch die aktuellen Geschehnisse nicht außer Acht gelassen werden. So gibt es zum Beispiel 18.000 deutsche Studenten an britischen Universitäten, circa 4.000 davon über ERASMUS+ gefördert. Mit dem anstehenden Brexit wächst die Unsicherheit vieler Studenten, ob sie ihr Studium in Großbritannien fortführen können und ob es weiterhin finanzierbar bleibt. Erasmus-Studenten sind in Großbritannien von Studiengebühren befreit, wie sie sonst in diesem Land üblich sind. Dies muss auch in Zukunft gewährleistet werden“, so Winkler abschließend.